

Politischer Sprachkampf zu Ende des 20. Jahrhunderts – am Beispiel *Leitkultur*

Antrittsvorlesung am 10. Juli 2002

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Anwesende,

ich freue mich darüber, daß Sie so zahlreich hier erschienen sind. Meine Antrittsvorlesung trägt den Titel “Politischer Sprachkampf zu Ende des 20. Jahrhunderts – am Beispiel *Leitkultur*”. Meine heutigen Ausführungen werden sich im wesentlichen in zwei Teile gliedern. Im ersten Teil geht es um allgemeine Fragen des politischen Sprachkampfes, unter anderem um seine politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in der Bundesrepublik Deutschland und um die Veränderungen, die diese im Laufe der Zeit erfahren haben. Im zweiten Teil meiner Ausführungen werde ich mich dann einem konkreten Beispiel sprachkämpferischer Bemühungen und deren Auswirkungen zuwenden, eben dem Beispiel ‘Leitkultur’.

Der Ausdruck ‘Sprachkampf’, ‘politischer Sprachkampf’ etablierte sich zu Ende der 60er Jahre, Anfang der 70er Jahre. 1967 erschien ein Aufsatz des Philosophen Hermann Lübbe mit dem Titel “Der Streit um Worte”, in dem Lübbe an einer Stelle auch von dem ‘Kampf um die Rettung der Wörter vor dem Feind’ spricht. Dieser Ausdruck ‘Kampf’ setzte sich gegenüber dem harmloseren, zivileren ‘Streit’ in den späteren öffentlichen Debatten durch.

Lübbe wollte in seinem Aufsatz aufzeigen, daß der Kampf um politische Schlagwörter und um ihre Deutungshoheit an sich nichts Verwerfliches ist, sondern ein legitimes und sinnvolles Instrument jedweder Politik. Zunächst einmal jedoch war die These, politischer Sprachkampf sei in gewissen Grenzen durchaus sinnvoll und notwendig, in der Bundesrepublik der damaligen Zeit (wir reden vom Jahr 1967) eine beträchtliche Provokation.

Bislang hatte man sich – quer durch alle demokratischen Parteien – in der Sicherheit gewogen, es gäbe einen angemessenen, nämlich ideologiefreien, wahrheitsgemäßen und sachlichen politischen Sprachgebrauch und einen unangemessenen – verlogenen, manipulativen, agitatorischen – Sprachgebrauch, eben jenen, der aus einer politischen Ideologie oder Utopie schöpft. Und Beurteilungen wie ‘Mit dieser Ausdrucksweise werden die wahren Verhältnisse verschleiert’ oder ‘Diese Wortwahl ist manipulativ’ ... solche Beurteilungen zielten in der Bundesrepublik der damaligen Zeit überwiegend auf die sprachlichen Gepflogenheiten der DDR und – zum geringeren Teil – auf die der NS-Zeit.

Nur sehr, sehr selten dagegen wurde auch der Sprachgebrauch des politischen Gegners im eigenen Land in dieser Weise kritisiert. Dies wäre meist auch gar nicht möglich gewesen, da sich zumindest die großen Volksparteien in der Nachkriegszeit in ihrem Sprachgebrauch – wie auch ihren politischen Inhalten – mit Absicht nicht sonderlich voneinander unterschieden. Eine Hauptursache dafür ist in den Erfahrungen mit der NS-Zeit zu suchen.

Vor dem Hintergrund der Auffassung, der Nationalsozialismus habe nur aufgrund großer sozialer Ungerechtigkeit und der daraus resultierenden gesellschaftlichen Konflikte überhaupt entstehen können, war das politische Handeln vorwiegend darauf ausgerichtet, gesellschaftliche Konflikte zu vermeiden und soziale Unterschiede zumindest innerhalb bestimmter Grenzen zu nivellieren. Auch im Hinblick auf die sprachliche Ausgestaltung politischer Äußerungen galt das Ideal einer möglichst unaufgeregten und ideologiefreien Sachpolitik der kleinen Schritte, die allein durch ihre Inhalte, nicht die Art der sprachlichen Verpackung zu überzeugen sucht. Der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf schrieb später über diese Zeit:

„In den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten vollzog sich ein weitgehender sprachlicher wie sozialer Egalisierungsprozeß. [...] Die Sprache vollzog als Spiegel sozialer Entwicklungen nach, was sich in

Staat, Wirtschaft und Gesellschaft in Wirklichkeit abgespielt hatte. Der Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft wurde ermöglicht durch und begleitet von einer Sprache, die es uns erlaubte, die gemeinsamen Probleme solidarisch zu definieren und partnerschaftlich zu lösen. [...] Das Vokabular des Klassenkampfes nach innen und des nationalistischen Denkens nach außen hat sich in den 50er Jahren aufgelöst.”

Kurt Biedenkopf: Politik und Sprache [zuerst 1975]. In: Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Hrsg. von Hans Jürgen Heringer. 2. Aufl. 1988, 189-197; hier: 189.

Selbst 1967, im ersten Jahr der Großen Koalition, waren die nach außen sichtbaren politischen Unterschiede zwischen CDU/CSU und SPD marginal, obwohl die gesellschaftlichen Entwicklungen bereits auf anderes hindeuteten. Die SPD-Führungsriege nahm jedoch zunächst noch massive Konflikte mit ihrer Basis und mit den der SPD nahestehenden gesellschaftlichen Gruppen in Kauf, um Vorhaben der großen Koalition, wie beispielsweise die Notstandsgesetzgebung, voranzutreiben.

Dieser politische Kurs schadete der SPD immens. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg im Frühjahr 1968 fuhr die SPD ein katastrophales Wahlergebnis von unter 30 Prozent ein – sie hatte damit mehr als ein Fünftel ihrer bisherigen Wähler verloren. Im Bundesparteivorstand der SPD schlug daraufhin Horst Ehmke, damals Staatssekretär im Bundesjustizministerium, eine Strategie des begrenzten Konflikts vor, nach der dann mit Blick auf die nächste Bundestagswahl 1969 verfahren wurde: Soviel große Koalition wie nötig und – insbesondere in Fragen der Außenpolitik – soviel eigenes Profil wie möglich.

Das Problem dabei war nur, daß die CDU, die sich nach ihrem Tief von 1966 wieder im Aufwind sah, auf genau dieselbe Strategie verfallen war und sich dabei ebenfalls auf die Außenpolitik konzentrierte.

Es begann eine in den Medien ausgetragene Fehde zwischen dem Bundeskanzler der großen Koalition, Kurt Georg Kiesinger, und seinem Außenminister Willy Brandt. Eine Fehde, die an Schärfe im Ton nichts zu wünschen übrig ließ. Die Harmonie-Strategie, die die bundesdeutschen Parteien im politischen wie im sprachlichen Umgang miteinander in der Nachkriegszeit mehrheitlich angewendet hatten, war damit endgültig begraben. Statt dessen begann die Auffassung, daß die gezielte Ausgestaltung des politischen Sprachgebrauchs ein wichtiges und brauchbares Instrument zur Durchsetzung politischer Interessen ist, sich – nach Jahren der Abstinenz aufgrund der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus – langsam wieder durchzusetzen.

Den Rest der Geschichte kennen Sie. Nach den Bundestagswahlen im September 1969 verfügten SPD und FDP über eine knappe Mehrheit im Bundestag und gingen eine Regierungskoalition ein, Brandt wurde Bundeskanzler.

Die Unionsparteien lasteten ihren Verlust der Regierungsmacht dem ihrer Ansicht nach unlauteren, weil agitatorischen Sprachgebrauch der SPD an. Lassen wir dazu noch einmal Kurt Biedenkopf zu Wort kommen, der rückblickend das folgende schrieb:

„Demokratie setzt [...] voraus, daß politische Schlüsselbegriffe chancengleich verwendet werden können [...].

[...] Diese politische Chancengleichheit hat [...] nicht bestanden. Einer der entscheidenden Vorteile der Sozialdemokraten bei den Wahlkampfauseinandersetzungen 1969 [...] war, daß die intellektuellen Schichten des Volkes all diese Begriffe automatisch mit einem für die Sozialdemokratie günstigen Inhalt ausgestattet haben. Der Begriff Solidarität, der Begriff *Lebensqualität*, der Begriff *innerer Frieden*, im Sinne wie Brandt ihn verstanden hat, die Begriffe *Freiheit*, *Gerechtigkeit*: Alle diese Begriffe wurden – verbunden mit dem zentralen ‘Reform’-Begriff – mit Inhalten verbunden, die der Sozialdemokratie näher standen als uns.”

Biedenkopf 1988 [zuerst 1975], 195.

Angesichts dieser Einschätzung der Situation verwundert es nicht, daß der Aufsatz ‘ Der Streit um Worte’ von Hermann Lübbe, den ich eingangs erwähnt habe, bei den Unionsparteien bald auf so großes Interesse stieß – wengleich sie eingangs eine entscheidende Umdeutung in ihrem Sinne vornahmen, auf die ich noch zu sprechen kommen werde.

Das Herzstück von Lübbes Aufsatz bildet die These, Ideologien spielten auch und gerade in offenen Gesellschaften eine wichtige, eine entscheidene Rolle. Seiner Auffassung nach sind offene Gesellschaften besonders stark durch Privatheit und geringe Abhängigkeit der einzelnen Mitglieder voneinander gekennzeichnet. Um so mehr bedürfe es – so Lübbe – einer ideologischen Integration, damit sich auch in solch einem recht losen sozialen Gefüge ein handlungsfähiger politischer Wille herausbilden kann, der von den einzelnen Mitgliedern der Gesellschaft dann anerkannt wird. Ein kurzes Zitat aus dem Aufsatz von Lübbe:

„Die Integrationsleistung von Ideologien bezieht sich auf Handlungsprädispositionen; sie verfügen diese unter eindeutige Zwecke, sie bestätigen Vorurteile, sie bannen Zweifel, sie imponieren oder schüchtern ein; sie befreien von Ressentiments oder nähren sie; sie erfüllen mit Selbstgefühl, mit Gewißheit und Zuversicht.“

Hermann Lübbe: Der Streit um Worte: Sprache und Politik [zuerst: 1967]. In: Sprache und Herrschaft. Hrsg. von G.-K. Kaltenbrunner. München 1975, 87–111; hier: 93:

In diesem Zusammenhang spricht Lübbe auch den Prozeß der Meinungsbildung an, der in modernen Gesellschaften mit ihren vielfältigen Formen der Aufgaben- und Wissensteilung nicht nur über eigene oder von anderen vermittelte Erfahrungen laufen müsse. Nein, in modernen Gesellschaften mit ihrer Komplexität sei eine aktive Meinungsbildung oftmals nicht mehr möglich. Deshalb müßten zusätzlich bereits vorgefertigte Meinungen verfügbar sein. Genau hier, bei dem

Zur-Verfügung-Stellen vorgefertigter Meinungen – sprich: Ideologien –, sieht Lübke die entscheidende Rolle des politischen Sprachkampfes angesiedelt – und zwar insbesondere des politischen Sprachkampfes mithilfe von ... Schlagwörtern. Ich zitiere:

„Sie [die politischen Schlagwörter; AL] legen Richtung und Meinung fest, ermöglichen die Erfahrung politischer Zugehörigkeit und fixieren im Ganzen jene Aktions- oder Zustimmungsbereitschaft, ohne die politisches Handeln nicht möglich wäre.“

Lübke 1975 [zuerst: 1967], 96.

Ein entscheidendes Charakteristikum politischer Schlagwörter besteht laut Lübke darin, daß sie die öffentliche Meinung recht unauffällig und deshalb auch sehr nachhaltig beeinflussen können, während beispielsweise politische Slogans in der Wahrnehmung eines jeden genau das bleiben, was sie sind: Werbebotschaften.

Dementsprechend wird es bei unserer Beschäftigung mit dem Schlagwort ‘Leitkultur’ – denn um nichts anders handelt es sich ... um ein politisches Schlagwort – dabei wird es noch sehr wichtig werden, daß die Beeinflussung der öffentlichen Meinung mit sprachkämpferischen Mitteln umso besser funktioniert, je weniger der dahinterstehende Wille zur Beeinflussung erkennbar ist.

Anders gesagt: Jede öffentliche Thematisierung politischen Sprachkampfes droht diesen ins Leere laufen zu lassen, weil die Aufmerksamkeit der Adressaten just darauf gelenkt wird, daß sie beeinflußt werden sollen. Wenn wir also beurteilen wollen, ob die mit dem Ausdruck ‘Leitkultur’ verknüpften sprachkämpferischen Bemühungen der Unionsparteien denn auch von Erfolg gekrönt waren, dann müssen wir auch danach fragen, wie die Debatten, die sich an der “Leitkultur” entzündeten, in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurden – als ein Streit in der Sache oder als ein Streit um Worte aus parteitaktischen Gründen. Dazu später mehr.

Lübbe benennt zwei zentrale Strategien des politischen Sprachkampfes mithilfe von Schlagwörtern: Die eine Strategie besteht darin, in der Gesellschaft allgemein hochgeschätzte Schlagwörter – sogenannte Hochwertwörter – wie zum Beispiel die auch von Biedenkopf erwähnten Ausdrücke ‘Freiheit’ und ‘Gerechtigkeit’ ... diese Hochwertwörter für die eigene Partei zu vereinnahmen. Genau das ist mit der eingangs erwähnten Formulierung ‘des Kampfes um die Rettung der Wörter vor dem Feind’ gemeint. Die zweite Strategie ist für uns heute die wichtigere, nämlich die Schlagwörter des politischen Gegners, seine Fahnenwörter, zu vermeiden und statt dessen eigene Ausdrücke, sogenannte Gegenschlagwörter, zu setzen und durchzusetzen.

Meine Damen und Herren, Sie werden sich zu Recht fragen: Ist das denn so wichtig? Hat es irgendwelche Konsequenzen für die Inhalte und Handlungsoptionen der Politik, ob Politikerinnen und Politiker den einen oder den anderen sprachlichen Ausdruck verwenden? Oder handelt es sich bei politischem Sprachkampf lediglich um die Begleitmusik, die Nebenschauplätze der „richtigen“ Politik? Ändert sich etwas an den realen Verhältnissen, wenn ich von Asylanten oder von Asylbewerbern spreche, von Chancengerechtigkeit oder von Chancengleichheit, von militärischen Operationen oder von Krieg, von Integration oder von Assimilation, von deutscher Leitkultur oder von multikultureller Gesellschaft? Ändert sich etwas oder nicht?

Die Antwort darauf lautet: Ja, es ändert sich etwas. Sprache hat die Macht, die Welt, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die Formen unseres Zusammenlebens zu verändern. Oder besser gesagt: Wir, die wir uns sprachlich äußern, haben die Macht, durch bestimmte Präferenzen in der Wortwahl und durch die Schaffung neuer Ausdrücke zumindest auf die vorherrschende Wahrnehmung der bestehenden Verhältnisse einzuwirken. Ich will dies an einigen Beispielen kurz näher erläutern.

Mithilfe sprachlicher Ausdrücke können unterschiedliche Dinge unter einem gemeinsamen Nenner zusammengefaßt werden, die ansonsten

nicht als zusammengehörig wahrgenommen würden – nehmen Sie beispielsweise einen so schillernden Ausdruck wie ‘Kultur’.

Außerdem signalisiert allein schon die Existenz eines sprachlichen Ausdrucks, daß das mit ihm Bezeichnete ebenfalls in irgendeiner Weise – und sei es nur in unserer Vorstellung – existiert. Denken Sie zum Beispiel an den Ausdruck ‘Neue Mitte’ oder an den Ausdruck ‘Kanzlerkandidat’, mit dem suggeriert wird, der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland würde vom Volk direkt gewählt.

Es ist auch möglich, durch die Schaffung oder Verwendung eines bestimmten Ausdrucks das so Bezeichnete mit einer impliziten Wertung zu versehen – unter anderem dann, wenn dieser Ausdruck analog zu anderen gebildet ist, die etwas gemeinhin als besonders positiv oder negativ Erachtetes bezeichnen. Ein vielbemühtes Beispiel hierfür sind die Ausdrücke ‘Querulant’, ‘Denunziant’, ‘Demonstrant’ und ‘Asylant’. Auch bei zusammengesetzten Ausdrücken besteht die Möglichkeit, daß sich die positive oder negative Konnotation einer ihrer Komponenten auf den komplexen Ausdruck insgesamt überträgt. Wir werden an späterer Stelle noch sehen, ob sich die allgemeine Wertschätzung, die dem Hochwertwort ‘Kultur’ entgegengebracht wird, auch auf den Ausdruck ‘Leitkultur’ übertragen hat.

Konkurrierende sprachliche Ausdrücke – und politische Schlagwörter allemal – ... sie stellen unterschiedliche Angebote zur Wahrnehmung, Interpretation und Bewertung der Wirklichkeit dar. Mit der Wahl der sprachlichen Mittel ändert sich unsere Wahrnehmung der Gegebenheiten, auf die wir uns mit unseren Äußerungen beziehen. Und aus unterschiedlichen Wahrnehmungen des Bestehenden ergeben sich unterschiedliche Zielsetzungen und Handlungsoptionen für die Zukunft und damit längerfristig möglicherweise auch konkrete Veränderungen.

Auf dieser Erkenntnis beruht ein zentraler, wenn auch etwas zu sehr vereinfachender Merksatz des politischen Sprachkampfs: Wer sich mit seinen Begrifflichkeiten im Sprachgebrauch durchsetzt, der hat sich

auch mit seiner Weltsicht, seiner Interpretation der Wirklichkeit, seinen politischen Konzepten durchgesetzt.

Auch die CDU machte sich diese Auffassung zu eigen. Anfang der 70er Jahre wurde die legendäre CDU-Semantikgruppe unter der Leitung von Kurt Biedenkopf gegründet. Zumindest eine der großen deutschen Volksparteien widmete sich also fortan (zumindest für einige Jahre) ganz offiziell dem politischen Sprachgebrauch und seiner bewußten, gezielten Ausgestaltung.

Während sich jedoch für Hermann Lübke politischer Sprachkampf gerade dadurch ausgezeichnet hatte, daß oftmals gar nicht entschieden werden kann, ob der politische Sprachgebrauch der einen oder einer anderen politischen Partei der Wirklichkeit angemessener ist, konzentrierte sich die CDU-Semantikgruppe zunächst auf die These vom linken Sprachraub. Ihre sprachkämpferischen Bemühungen wollten die Unionspolitiker verstanden wissen als Rückeroberung von zentralen politischen Schlagwörtern wie eben 'Freiheit' und 'Gerechtigkeit' – Schlagwörter, die ihrer Ansicht nach von den Sozialdemokraten in unrechtmäßiger Weise umgedeutet und mißbraucht worden waren.

Politisch-strategisch war dieser Schachzug natürlich genial: Der Anteil der CDU am politischen Sprachkampf wurde als lediglich reaktiv, quasi als Notwehr, dargestellt, während dem politischen Gegner unlautere Manipulationsversuche unterstellt wurden. Bereits auf dem Mannheimer Parteitag der CDU im Jahr 1975 verkündete Biedenkopf jedoch, die CDU sei in der Auseinandersetzung um die politischen Begriffe sehr erfolgreich gewesen. Es sei ihr gelungen, wichtige politische Begriffe für sich zu besetzen ... nicht 'zurückzuerobern', sondern 'zu besetzen'.

Mit anderen Worten: Nicht mehr der Kampf gegen den unrechtmäßigen, ideologischen Sprachgebrauch des politischen Gegners stand nun im Mittelpunkt, sondern der Kampf um die Durchsetzung des eigenen Sprachgebrauchs und der damit verbundenen politischen Interessen.

Insofern verwundert es auch nicht, daß die CDU Mitte der 70er Jahre begann, von der öffentlichen Thematisierung sprachkämpferischer Bemühungen wieder Abstand zu nehmen. Schließlich hätte das Eingeständnis, daß man selbst aktiv politischen Sprachkampf betreibt, die Erfolgsaussichten dieser sprachkämpferischen Bemühungen erheblich beschnitten .

Lassen Sie uns nun einen großen Sprung von den 70er Jahren ins Jahr 2000 machen. Vieles hat sich seither verändert im politischen Gefüge der Bundesrepublik Deutschland, beispielsweise durch das Entstehen der grünen Partei oder durch den deutsch-deutsche Einigungsprozeß und den Einzug der PDS in den Bundestag. Auch – und dies ist für unser heutiges Thema nicht unwichtig – auch die Einstellung der bundesdeutschen Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Politik hat sich, unter anderen hervorgerufen durch die zahlreichen politischen Skandale der 80er und 90er, nachhaltig verändert.

In gewisser Hinsicht jedoch haben wir es mit einer ähnlichen Ausgangssituation wie in der Hochphase der CDU-Semantikgruppe zu tun: Seit 1998 gibt es eine rot-grüne Regierungskoalition und nach sechzehn Jahren Kohl-Regierung finden sich die Unionsparteien erstmals wieder auf den Oppositionsbänken. In den 70er Jahren bildeten die außenpolitischen Reformen der Regierung – neben der Wirtschaftspolitik – den Kern der parteipolitischen Auseinandersetzungen, heute sind es wiederum Reformen, die im Blickpunkt der öffentlichen Debatten stehen, wenngleich nun auf innenpolitischem Gebiet.

In unserem heutigen thematischen Zusammenhang sind vor allem die – im Jahr 2000 bereits vollzogene – Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die Green-Card-Regelung sowie das zum damaligen Zeitpunkt geplante und inzwischen beschlossene Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung sowie die Novellierung des Asylrechts zu nennen. Die CDU hatte eigens eine Kommission unter der Leitung des saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller eingerichtet, die an einem Gesamtkonzept zur Einwanderung und Integration arbeitete.

Kommen wir nun zu der Leitkultur-Debatte, die ihren Ausgang im Herbst 2000 nahm. Ich habe vorhin dargelegt, daß die Formen des politischen Sprachkampfes sehr stark von den jeweiligen gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen beeinflußt sind und sich allein schon deshalb im Laufe der Zeit ändern. Jetzt will ich Ihnen aufzeigen, daß die Art, wie die öffentliche Diskussion um den Ausdruck ‘Leitkultur’ geführt wurde, zum einen ganz charakteristisch für das ausgehende 20. Jahrhundert ist, zum anderen mit dieser Diskussion und ihrem vorläufigen Ausgang sich aber auch eine neue – möglicherweise zukunftsweise? – Spielart des politischen Sprachkampfes im Entstehen begriffen ist.

Am 18. Oktober 2000 gab Friedrich Merz ein Zeitungsinterview, in dem er die Anpassung von Zuwanderern an die deutsche Leitkultur verlangte, und er trat damit eine über Monate andauernde und mit großer Heftigkeit geführte öffentliche Debatte über den Ausdruck ‘Leitkultur’ bzw. ‘deutsche Leitkultur’ los.

Dabei war Friedrich Merz gar nicht der Erfinder des Ausdrucks ‘Leitkultur’, und der Ausdruck tauchte im Oktober 2000 auch nicht erstmalig in den Medien auf. Der Urheber des Ausdrucks ‘Leitkultur’ ist Bassam Tibi, ein aus Damaskus stammender und in Göttingen lehrender Politikwissenschaftler. In seinem 1998 veröffentlichten Buch ‘Europa ohne Identität?’ heißt es an einer Stelle:

„Innerhalb Europas wird eine mit den Migranten zu teilende Leitkultur benötigt, außerhalb Europas eine internationale Moralität. Die erste muss europäisch, die zweite kulturübergreifend geprägt sein.“

Bassam Tibi: Europa ohne Identität. München 1998.

Dementsprechend wurde in den Medien kolportiert, Merz habe Tibis Ausdruck ‘europäische Leitkultur’ frech in ‘deutsche Leitkultur’ umgemünzt, diese Modifikation sei quasi die sprachliche Eigenleistung des CDU-Fraktionsvorsitzenden. Doch auch das ist falsch. Bereits am

11. Oktober 2000 warnte der grüne Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir in einer Aussprache im Deutschen Bundestag davor, von einer 'deutschen Leitkultur' zu sprechen, da dieser Begriff mißverstanden werden könnte. Die ‚deutsche Leitkultur‘ muß also bereits vor Merz' berühmt-berüchtigtem Interview in den migrationspolitischen Debatten aufgetaucht sein. Die Spurensuche geht weiter. Fündig werden wir schließlich zweimal.

Einmal bei Alois Glück, dem Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion. Im Juni 1999 veröffentlichte dieser einen Aufsatz unter dem Titel 'Zuwanderung – Gemeinwohl – Verdrängung', in dem zu lesen stand, die deutsche Gesellschaft benötige zur Wahrung des inneren Friedens eine Leitkultur und eine solche zu definieren sollten die Deutschen endlich den Mut haben. Also: Nicht 'deutsche Leitkultur', aber die Leitkultur der deutschen Gesellschaft finden wir hier vor.

Bereits zwei Jahre früher, nämlich 1997, hatte sich Jörg Schönbohm, zu der Zeit noch Innensenator in Berlin, in einem ausführlichen Zeitungsartikel mit dem Begriff des Kulturpluralismus auseinandergesetzt und diesem das Konzept einer deutschen Leitkultur entgegengesetzt. Schönbohm wiederum berief sich ebenso wie Merz auf Bassam Tibi, jedoch nicht auf die genannte Buchpublikation, sondern auf einen früheren Aufsatz aus dem Jahr 1996.

Demnach kursierte im Herbst 2000 der Ausdruck 'Leitkultur' bzw. 'deutsche Leitkultur' bereits seit mindestens drei Jahren in Unionskreisen und wurde von Unionspolitikern auch im Rahmen öffentlicher Äußerungen verwendet. Warum also ließ ausgerechnet das Interview mit Friedrich Merz die Wogen der Empörung so hoch schlagen, während zuvor die Verwendung des Ausdrucks 'Leitkultur' in der bundesdeutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen oder zumindest kaum beanstandet wurde?

Eine vollständig rationale Antwort auf diese Frage gibt es sicherlich nicht. Wir sollten uns jedoch die politische Situation im Herbst 2000

noch einmal vor Augen führen. In Deutschland hatten sich Angriffe auf jüdische Bürgerinnen und Bürger sowie Anschläge auf jüdische Einrichtungen ereignet. Um diese Ereignisse ging es auch in der Aussprache im Deutschen Bundestag, in der Özdemir vor dem Ausdruck ‘deutsche Leitkultur’ gewarnt hatte. Viele fühlen sich an nationalsozialistische Greuelthaten erinnert und Gerhard Schröder rief zu einem Aufstand der Anständigen auf. In dieser Situation konnte Merz’ Ausspruch von der deutschen Leitkultur – und Friedrich Merz ist ja schließlich nicht irgendein CDU-Hinterbänkler, sondern Fraktionsvorsitzender der Unionsparteien im Bundestag, was er sagt, hat einiges an Gewicht – in dieser Situation konnte sein Ausspruch nur falsch verstanden werden – ganz gleich, wie er tatsächlich gemeint war.

In sehr zugespitzter Weise verlieh Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, den Ängsten vor einem Wiedererstarken rechtsextremer Kräfte angesichts der jüngsten Ereignisse Ausdruck. Auf der Großdemonstration gegen Rechtsradikalismus am 9. November 2000 fragte er:

„Ist es etwa deutsche Leitkultur, Fremde zu jagen, Synagogen anzuzünden, Obdachlose zu töten?“

Paul Spiegel auf der Großdemonstration gegen Rechtsradikalismus am 9. November 2000. Quelle: Worte des Jahres. In: Süddeutsche Zeitung vom 30. Dezember 2000.

Bereits drei Tage vor dieser Großdemonstration hatte die Zuwanderungs-Kommission der CDU ihr migrationspolitisches Arbeitspapier vorgelegt. Der Leiter der Kommission, Peter Müller, und auch andere CDU-Politikerinnen und -politiker hatten sich lange Zeit gegen die unter anderem von Friedrich Merz und Roland Koch geforderte Wiederaufnahme des Ausdrucks ‘deutsche Leitkultur’ in dieses Papier gewehrt. Ja, ganz recht, ‘Wiederaufnahme’. Der besagte Ausdruck war bereits in einem früheren Entwurf enthalten und dann wieder herausgestrichen worden. Durch die Vermittlung von Angela Merkel kam es dann zu dem Kompromiß, anstelle von ‘deutsche Leitkultur’

die – dem ersten Anschein nach – vagere und offenerere Formulierung ‘Leitkultur in Deutschland’ in das Papier hineinzuschreiben. Die betreffende Textstelle in Absatz vier lautete nun folgendermaßen:

„Jedes Staatswesen und jede Gesellschaft muss auf ein bestimmtes gemeinsames Fundament, ein gegenseitiges Vertrauen und ein Zusammengehörigkeitsgefühl achten. Zu diesem Fundament zählt auch die Akzeptanz eines gemeinsamen Grundwertekanons. Anders kann ein Gemeinwesen mit unterschiedlichsten individuellen Lebensvorstellungen nicht stabil bleiben. [...]

Integration erfordert deshalb, neben dem Erlernen der deutschen Sprache sich für unsere Staats- und Verfassungsordnung klar zu entscheiden und sich in unsere sozialen und kulturellen Lebensverhältnisse einzuordnen. Dies bedeutet, dass die Werteordnung unserer christlich-abendländischen Kultur, die vom Christentum, Judentum, antiker Philosophie, Humanismus, römischen Recht und der Aufklärung geprägt wurde, in Deutschland akzeptiert wird. Das heißt nicht Aufgabe der eigenen kulturellen und religiösen Prägung, aber Bejahung und Einordnung in den bei uns für das Zusammenleben geltenden Werte- und Ordnungsrahmen.

Integration in diesem Sinne ist weder einseitige Assimilation, noch unverbundenes Nebeneinander auf Dauer. Multikulturalismus und Parallelgesellschaften sind kein Zukunftsmodell. Unser Ziel muss eine Kultur der Toleranz und des Miteinander sein – auf dem Boden unserer Verfassungswerte und im Bewusstsein der eigenen Identität. In diesem Sinne ist es zu verstehen, wenn die Beachtung dieser Werte als Leitkultur in Deutschland bezeichnet wird.”

Zuwanderung und Integration. Arbeitsgrundlage für die Zuwanderungskommission der CDU Deutschlands. Stand: 6. November 2000. Verfügbar unter: www.cdu.de.

Auch durch die vorgenommene Abänderung der Formulierung ‘deutsche Leitkultur’ in ‘Leitkultur in Deutschland’ beruhigten sich die Gemüter nicht, wie ja auch die Äußerung von Paul Spiegel vom 9. November zeigte. Auch nach dem 6. November, dem Tag, an dem die

CDU-Zuwanderungskommission ihr Papier vorgelegt hatte, wurde in den öffentlichen Debatten zumeist so argumentiert, als gäbe es diese Abänderung gar nicht. Auch in den Medien war es so, als stünde der Ausdruck 'Leitkultur in Deutschland' nur stellvertretend für den tatsächlich gemeinten Ausdruck, nämlich 'deutsche Leitkultur', in dem Papier der CDU-Zuwanderungskommission und könnte deshalb geflissentlich übergangen werden.

Paul Spiegel störte sich jedoch ebenso wie Michel Friedmann, Vizepräsident des Zentralrats, vor allem an der Erstkonstituente 'Leit' in 'Leitkultur', weniger an dem Attribut 'deutsch'. Während sich jedoch Spiegels Kritik speziell aus der deutschen Geschichte speist und er eine Vorbildfunktion gerade der deutschen Kultur entschieden zurückweist, argumentiert Friedmann, der einer anderen Generation als Spiegel angehört, weniger historisch denn grundsätzlich.

In einer Pressekonferenz in Berlin am 2. November nennt er Merz' Forderung, Zuwanderer müßten sich an die deutsche Leitkultur anpassen, eine mißglückte Äußerung ... denn der Begriff 'Leitkultur' setze eine Hierarchie voraus, Respekt vor den Kulturen jedoch setze deren Gleichberechtigung voraus.

In der Tat setzen Substantive mit der Erstkonstituente 'Leit' – wie eben 'Leitkultur' oder auch 'Leitbild', 'Leitgedanke', 'Leitfigur', 'Leithammel', 'Leitmotiv' oder 'Leitwährung' – so gebildete Substantive setzen in der Regel eine Hierarchie voraus ... das ist richtig – eine Hierarchie innerhalb einer Gruppe von Ähnlichem. Der Ausdruck 'Leitgedanke' ist sinnentleert, wenn es nicht mehr als nur einen Gedanken gibt, die Auszeichnung einer Währung als Leitwährung ist ebenfalls nur zweckmäßig, wenn es andere Währungen gibt, die sich an dieser orientieren oder orientieren sollen und ein Leithammel ohne Herde ist nichts anderes als ein einfacher und vermutlich sehr einsamer Hammel.

Analog zu diesen Beispielen setzt der Ausdruck 'Leitkultur' voraus, daß neben dieser – durch die Voranstellung von 'Leit' besonders he-

rausgehobenen – Kultur noch andere Kulturen existieren. Ferner impliziert dieser Ausdruck, daß sich die mit ihm bezeichnete Kultur von allen anderen Kulturen in irgendeiner, aber immer derselben Weise unterscheidet – sei es durch ein Mehr an Typikalität, an Bedeutung oder auch an Verbindlichkeit für eine bestimmte Gesellschaft, für deren Geschichte und weitere Entwicklung.

Durch das Attribut ‘deutsch’ wird die Beschaffenheit dieser Leitkultur näher bestimmt, wenngleich es auch hier mehrere Interpretationsmöglichkeiten gibt. Die böswilligste Interpretation wäre sicherlich, zu sagen, daß mithilfe des Adjektivs ‘deutsch’ nicht eine Leitkultur unter vielen Leitkulturen mit unterschiedlichen Geltungsbereichen herausgegriffen wird, sondern lediglich eine für alle Menschen, unabhängig davon, woher sie stammen und wo sie leben, ... eine für alle Menschen maßgebliche Leitkultur als deutsch charakterisiert wird. Eine solche, doch etwas überzogene Interpretation liegt beispielsweise dem im Rahmen der Leitkulturdebatte häufig angebrachten Zitat ‘Am deutschen Wesen soll die Welt genesen’ zugrunde.

Eine andere Möglichkeit wäre, den Ausdruck ‘deutsche Leitkultur’ so zu interpretieren, daß mithilfe des Attributs ‘deutsch’ auf eine unter vielen existierenden Leitkulturen Bezug genommen werden soll, nämlich entweder auf diejenige, die für Deutsche die maßgebliche oder besonders typische ist oder auf diejenige, die innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ihre Funktion als Leitkultur innehat, innehaben soll. Die letztgenannte Variante deckt sich mit der Bedeutung des Ausdrucks ‘Leitkultur in Deutschland’. In dieser Interpretation wird durch das Attribut ‘deutsch’ nicht nur die Leitkultur näher bestimmt. Es werden auch die Kulturen identifiziert, denen gegenüber sie ihre Geltung hat – eben jene, die neben der Leitkultur in Deutschland existieren.

Wenig plausibel ist dagegen eine Interpretation des Ausdrucks ‘deutsche Leitkultur’, die von mehreren Unionspolitikerinnen und -politikern, unter anderem von Angela Merkel, ins Spiel gebracht

wurde. Diese Interpretation besagt, mit dem Attribut ‘deutsch’ sollte lediglich zum Ausdruck gebracht werden, daß die für die Bundesrepublik Deutschland maßgebliche Leitkultur auf der deutschen Sprache gründe. Das Adjektiv ‘deutsch’ kann jedoch nur in Kombination mit Substantiven, die selbst zur Bezugnahme auf Sprachliches dienen, die Bedeutung ‘in deutscher Sprache gehalten’ annehmen ... und selbst in diesen Fällen bleibt oft ungeklärt, ob nicht eher die Herkunft als die Sprache gemeint ist – denken Sie an ‘eine deutsche Zeitung’, ‘ein deutsches Wort’, ‘ein deutsches Lied’ und dergleichen mehr.

Über die eben vorgetragenen interpretativen Annäherungen hinaus ist eine weitergehende Bestimmung von ‘Leitkultur’ oder ‘deutscher Leitkultur’ nur schwer möglich. Insbesondere die Komponente ‘Kultur’ hat so viele verschiedene Bedeutungen, daß sich mit deren Beschreibung ganze Bücherschränke füllen ließen: Kultur als Gegensatz zu Natur oder Barbarei, Kultur als Charakteristikum einzelner Menschen, sozialer Gruppen oder ganzer Nationen, Kultur als sogenannte höhere Kultur, wie sie in den schönen Künsten zum Ausdruck kommt, oder als Massen- oder Alltagskultur, und, und, und. So bleibt auch der Ausdruck ‘Leitkultur’ in der gesamten Debatte um dieselbe äußerst vage und unbestimmt. Mit dem von der CDU-Zuwanderungskommission vorgelegten Arbeitspapier war das Maximum an Konkretisierung von dem, was der Ausdruck ‘Leitkultur’ bedeuten soll, bereits erreicht: Leitkultur als Beachtung der Werte, die sich durch Christentum, Judentum, Humanismus, Aufklärung usw. herausgebildet haben.

Zurück zur Politik. Neben Paul Spiegel ziehen auch andere Personen des öffentlichen Lebens Parallelen zwischen dem Nationalsozialismus und der Forderung der CDU nach einer deutschen Leitkultur. Der Tübinger Literaturwissenschaftler Walter Jens beispielsweise sagte der „Leipziger Volkszeitung“ Anfang November, er wolle den Begriff „deutsche Leitkultur“ als Unwort des Jahres vorschlagen, da das Wort bei ihm Erinnerungen an den Nationalsozialismus wecke. Tatsächlich wurde der Ausdruck ‘national befreite Zone’ von der Jury der Gesell-

schaft für deutsche Sprache in Wiesbaden zum Unwort des Jahres 2000 gewählt. Der Ausdruck 'Leitkultur' dagegen fand sich auf Platz 7 der Wörter des Jahres 2000 wieder.

In der Generaldebatte des Deutsche Bundestages über den Haushalt am 29. November 2000 wendet sich Gerhard Schröder mit den Worten

„Was dieses Land braucht, ist mehr Internationalität und Modernität, nicht Ihre verquasteten Vorstellungen zur Leitkultur.“

an die Unionsparteien, um wenige Sätze später die Unionsparteien den Konservativen der Weimarer Republik gleichzusetzen, die – so Schröder, den Nationalisten zu einem Zeitpunkt erlegen seien, als Sozialdemokraten im Kampf gegen den Faschismus starben.

Die Reaktion von Friedrich Merz auf diesen Passus von Schröders Rede war:

„Hier sitzen nicht die Konservativen, sondern Christdemokraten und Christsoziale als Partei der Mitte, nicht der Rechten.“

Heribert Prantl kommentierte diese Äußerung Friedrich Merz' am nächsten Tag in der Süddeutschen Zeitung folgendermaßen:

„Darauf mag man zwar erwidern: Die Botschaft hör ich wohl, allein es fehlt der Glaube. Aber immerhin: Dieser Satz gehört zu dem von der CDU in jüngster Zeit unternommenen Versuch, den wildgewordenen Leitkultur-Begriff wieder einzufangen, ihn zu domestizieren und gemeinverträglich zu machen.“

(Heribert Prantl: Die Weihnachtsfeier der SPD. In: Süddeutsche Zeitung vom 30. November 2002.)

In diesem Zitat spiegelt sich die Auffassung wieder, Friedrich Merz habe diese Debatte, die sich an dem Ausdruck 'Leitkultur' entzündet hatte, in dieser Form nicht gewollt ... und: diese Debatte schade den

Unionsparteien und müsse deshalb möglichst eingedämmt werden. Eine ganz andere Einschätzung findet sich einem am selben Tag ebenfalls in der Süddeutschen Zeitung erschienenen Artikel mit dem Titel ‘Die deutsche Neurose. Leitkultur und Multi-Kulti-Ideologie haben dieselben Wurzeln’. Hier ein kurzer Ausschnitt:

„In Wahrheit ist die Diskussion um die sogenannte ‘Leitkultur’ der größte politische Erfolg der Union seit der Doppelpass-Kampagne – denn der Erfolg eines Begriffes misst sich nicht daran, ob ihn am Ende die meisten Menschen ablehnen, sondern ob es gelingt, mit diesem Begriff die Hegemonie zu erringen, die auch dessen Gegner dazu bringt, sich an diesem Begriff abzuarbeiten.“

Bereits Wochen zuvor war in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung ähnliches zu lesen. In einer Rubrik der Art ‘Wer toppt, wer floppt diese Woche’ war Friedrich Merz mit der folgenden Begründung unter den Gewinnern aufgelistet:

„Friedrich Merz, Tonangeber, hat es geschafft, daß eine ganze Nation über das Thema Zuwanderung spricht. Ein Begriff aus seinem Mund hat dafür genügt: deutsche Leitkultur. Der Unions-Fraktionsvorsitzende hat die Regierung damit gezwungen, sich mit der Ausländerfrage schneller als geplant zu befassen. [...]“

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 05.11.2000, Nr. 44, S. 5 (Rubrik Meinung)

Der Erfolg sprachkämpferischer Bemühungen entscheidet sich jedoch nicht allein nach dem Erfolg des Augenblicks. Politischer Sprachkampf muß auch und gerade auf langfristige Veränderungen setzen, denn vom Erringen der zeitweiligen Meinungsführerschaft über bestimmte politische Themen bis zur nächsten Wahlkabine ist es oftmals ein weiter Weg. Die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, ist zwar unabdingbare Voraussetzung dafür, Zustimmung für die eigenen politischen Konzepte zu erzeugen und das Wählerverhalten ent-

sprechend zu beeinflussen, aber eben nur eine Voraussetzung, eine erste Hürde, die man genommen hat, mehr nicht.

Ob es eine politische Partei tatsächlich geschafft hat, mit dem Setzen eines bestimmten Schlagwortes einen dauerhaften Erfolg zu verbuchen, ist am besten zu erkennen, wenn man sich vom Kern der Debatte, in der dieses Schlagwort zielgerichtet positioniert wurde, wegbeugt – sei es nun in zeitlicher oder auch in thematischer Hinsicht.

Selbstverständlich tauchte der Ausdruck ‘Leitkultur’ oder ‘deutsche Leitkultur’ im Herbst 2000 in den Medien ungeheuer häufig auf. Das besagt jedoch noch gar nichts darüber, ob sich dieser Ausdruck nun im allgemeinen Sprachgebrauch etabliert hat, ob die mit ihm verknüpften Vorstellungen allgemein üblich geworden sind. Hier einige typische Beispiele dafür, wie der Ausdruck ‘Leitkultur’ im Herbst 2000 und auch noch später in der Presse Verwendung fand:

„Trotz anhaltender interner Kritik setzt die CDU auf den Begriff einer ‘Leitkultur’.“

[o. Verf.]: CDU beharrt auf „Leitkultur“. Diskussion um Zuwanderung hält an. Ausschreitungen bei Demonstration gegen Rechtsextreme in Berlin. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 5. November 2000.

„Das vom CDU/CSU- Fraktionsvorsitzenden Merz gebrauchte Wort einer deutschen Leitkultur, die für Ausländer als Integrationsmaßstab zu gelten habe, beurteilte Frau Bergmann kritisch.“

Lt: Integration durch Familienpolitik. Bergmann will Einwanderung stärker in ihre Konzeptionen einbeziehen. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Oktober 2000.

„Die deutsche Sprache sollte zur Grundausstattung aller in Deutschland Lebenden gehören. Das meinen die Deutschen – ob sie das Wort Leitkultur mögen oder nicht [...]“

Kurt Reumann: Deutsch wird Deutschen zur Fremdsprache. Modern Talking: Nachplappern statt mitreden. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Dezember 2000.

„Um Merz aus der politischen Schußlinie zu nehmen, verwies die CDU-Vorsitzende darauf, der Begriff ‘Leitkultur’ stamme gar nicht von Merz - sondern vielmehr aus jenem Buch von Tibi.”

Christian Siedelbiedel: “Wirtschaftsgespräche am Main” im Hotel Intercontinental. Der “Leitkultur”-Erfinder leidet unter der Debatte. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Februar 2001.

Es fällt auf, daß in all diesen Beispielen der Ausdruck ‘Leitkultur’ nicht zur Bezeichnung einer wie auch immer gearteten Kultur in Deutschland oder der Absicht, eine solche zu etablieren, verwendet wird. Der Ausdruck ‘Leitkultur’ wird zumeist nicht usuell verwendet, sondern lediglich erwähnt, d.h. er dient in diesen Fällen zur Bezeichnung seiner selbst. Und selbst in den raren Beispielen der Medienberichterstattung, in denen mit dem Ausdruck ‘Leitkultur’ auf außersprachliche Gegebenheiten Bezug genommen wird, finden sich zumindest noch typische journalistische Distanzierungssignale wie zum Beispiel doppelte Anführungszeichen.

Im ersten Teil meiner Ausführung habe ich – wenn Sie sich erinnern – darauf hingewiesen, daß es für den Erfolg bzw. Mißerfolg des sprachkämpferischen Einsatzes von Schlagwörtern entscheidend ist, wie die Debatten, die sich an diesen Schlagwörtern entzünden, in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden – als ein Streit in der Sache oder als ein Streit um Worte aus parteitaktischen Gründe. Wir wollen nun genauer betrachten, wie sich die Debatte um die ‘Leitkultur’ in der Öffentlichkeit darstellte.

Insgesamt ist festzuhalten, daß sich CDU und SPD in den 90er Jahren, unter anderem aufgrund des einsetzenden Kampfes um die sogenannte Neue Mitte, in ihrer Programmatik mehr und mehr einander annähernten – und daß dies in der Öffentlichkeit auch durchaus so wahrge-

nommen wurde. Das Überleben politischer Parteien hängt jedoch nicht zuletzt davon ab, daß sie ein eigenständiges Profil vorzuweisen haben, welches sie klar von ihren politischen Gegnern abgrenzt. So erklärt es sich, daß in manchen Fällen geringfügige Differenzen in lautstark geführten Debatten zu grundlegenden Unterschieden hochstilisiert werden.

Standen im Hintergrund der in den 70er Jahren ausgetragenen politischen Sprachkämpfe zumeist erhebliche inhaltlich-programmatische Differenzen, die diese Sprachkämpfe legitimierten – ihnen ihre politische Relevanz jenseits der Werbung der Parteien für sich selbst – verliehen, so finden wir nun eine ganz andere Situation vor. Die politischen Parteien finden sich gerade in der Medienberichterstattung mehr und mehr – mal zurecht, mal zu Unrecht – dem Vorwurf ausgesetzt, sich im wesentlichen nicht um Inhalte zu streiten, sondern sich bloße semantische Schaukämpfe zu liefern.

Bei aller Aufgeregtheit in der Debatte um die ‘Leitkultur’ zeigt sich dies dort mit besonderer Deutlichkeit. Der Streit drehte im wesentlichen um die Frage, ob es opportun ist, diesen Ausdruck ‘Leitkultur’ zu verwenden. Ernsthafte Debatten darüber, ob es sinnvoll ist, von der Existenz einer Leitkultur in Deutschland auszugehen oder zumindest die Herausbildung einer solchen zu fordern, fanden dagegen nur am Rande statt.

Es scheint inzwischen Konsens zu sein, daß mit einer Entscheidung über die Verwendung oder Meidung eines Ausdrucks wie ‘Leitkultur’ alle Fragen bereits hinreichend geklärt sind, daß es sich gar nicht lohnt, sich über die Beschaffenheit der Welt jenseits ihrer jeweiligen sprachlichen Verfügbarkeit Gedanken zu. Die öffentliche Debatte um die Leitkultur ist also vorwiegend als Streit um Worte, nicht als Streit in der Sache zu bewerten – allerdings als ein Streit um Worte, zu dem es keine Alternative gibt, gar keine Alternative geben muß, weil allein schon der Ausgang des Wortstreites über die Existenz der Sache – die deutsche Leitkultur – entscheidet. Ein solch abgeklärter Erkenntnisre-

lativismus war in den öffentlichen Debatten der 70er Jahre undenkbar. Selbst die Sprachkampfstrategen der politischen Parteien näherten sich damals nur zaghaften solchen Positionen an.

Schlechte Zeiten, schlechte Aussichten für den politischen Sprachkampf, könnte man meinen. Bestärkt wird dieser Eindruck durch zahlreiche Presseartikel, die zwar den Ausdruck 'Leitkultur' usuell und ohne jegliche Distanzierungssignale verwenden, dabei aber mit dem Mittel der Ironie arbeiten. Einerseits wird in ihnen die Existenz von so etwas wie einer Leitkultur oder mehreren Leitkulturen bestätigt. Gleichzeitig aber wird 'Leitkultur' in völlig anderen als den ursprünglich intendierten Kontexten gebraucht. So entstehen gewollt unsinnige Vorschläge, die Bedeutung von 'Leitkultur' zu präzisieren, wodurch dieses politische Schlagwort völlig entwertet und ins Lächerliche gezogen wird. Hier einige wenige Beispiele:

In einem Bericht über die italienischen Fernsehprogramme lesen wir:

„Zur Mittagspause dann Leitkultur, bis der Arzt kommt; Wussow und Dohm in *La clinica della foresta nera* [Die Schwarzwaldklinik] auf Rai Tre [...], der Schimpanse *Charlie* als *Il nostro amico Charly* auf Rai Due [...]. Zum Dessert reichte Rai Due *Un caso per due* [Ein Fall für zwei], zunächst mit Günter Strack, später mit [...] Rainer Hunold an der Seite Claus-Theo Gärtners. Für die Italiener waren das Ikonen teutonischer Eleganz und Geistesgröße.“

Matthias Zucchi: No, Ispettore. Einst begeisterten sich die Italiener an deutscher TV-Kultur, aber damit ist seit diesem Frühjahr Schluss. In: Süddeutsche Zeitung vom 21. Februar 2001.

In einem Bericht über eine Tour von AC/DC wird der deutschen flugs eine australische Leitkultur an die Seite gestellt:

„Lackaffen aller Länder, verkrümelt euch! Die Hardrockband AC/DC [...] begeistert auf ihrer noch laufenden Tour endlich auch das Feuille-

ton. *Behind the music* dokumentiert Glanz und Elend dieser besonders schneidigen Ausprägung australischer Leitkultur.”

AP-Meldung vom 17. Februar 2001.

Auf die römische Leitkultur stoßen wir gar in zwei Presseartikeln:

„Die Griechen, schreibt Cato, hätten sich verschworen, alle Barbaren, darunter auch die Römer, mit Hilfe der Medizin zu vernichten. Ja, so einer war Cato – der römischen Leitkultur bis zur Verleumdung zuge-
tan.”

Hermann Unterstöger: Blütenlese aus dem deutschen Hausgärtlein. Leitkultur: Auf der Suche nach dem, was ein Land ausmacht [...]. In: Süddeutsche Zeitung vom 28. November 2000.)

„Integration ist [...] an Partizipation und Mitsprache gebunden. Alles andere zementiert nur eine Situation, die Heiner Müller einmal mit dem lapidaren Satz ‘Heute haben die Gastarbeiter und Immigranten denselben Status wie die Sklaven im alten Rom – bis hin zur Gesetzgebung.’ Die ‘Leitkultur’ damals ähnelte übrigens der aktuellen: Spiele, Spiele, Spiele.”

Clemens Pornschlegel: Fremd in der Fremde. Integration kommt nicht von ‘Kultur’ – sondern von Partizipation. In: Süddeutsche Zeitung vom 2. Januar 2001.

Zur Klärung der Frage, was deutsche Leitkultur aus der Sicht anderer Länder ist, wird die berühmte Monika Mustermann bemüht:

„Nicht Goethe und Beethoven beeindruckten Frauen im Fernen Osten, sondern die Leitkultur der ‚Monika Mustermann‘, die deutsche Durchschnittsfrau - oder was man sich darunter landläufig so vorstellt.“

Anne Schnepfen: Ordnung ist das halbe Leben und das große Geld. Gesundheit, Umwelt und all die anderen vernünftigen Dinge: Sandra Häfelin repräsentiert die deutsche Hausfrau als Leitfigur in Japan. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. Februar 2001.

Inzwischen wird der Ausdruck ‘Leitkultur’ nur noch in solch ironischer Weise verwendet oder aber er gilt als politisches Scheltwort wie in dem folgenden Artikel aus der Tageszeitung vom 28. Juni diesen Jahres. Unter der Überschrift ‘Schily sorgt bei Türken für Entsetzen’ heißt es:

„Bundesinnenminister reicht Integration der Migranten nicht – er fordert ihre Assimilierung. Diese Nähe zur Union geht auch Sozialdemokraten zu weit. Grüne warnen vor Leitkulturdebatte. Bundesausländerbeirat wirft Schily Rechtspopulismus vor.“

Lukas Wallraff: Schily sorgt bei Türken für Entsetzen. In: Die Tageszeitung vom 28. Juni 2002.

Die Unionsparteien dagegen haben davon Abstand genommen, den Ausdruck ‘Leitkultur’ als eines ihrer Fahnenwörter etablieren zu wollen. Jedenfalls kommt der Ausdruck weder in dem im Juni 2001 beschlossenen Papier ‘Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern’ vor noch im Regierungsprogramm der Unionsparteien für die Jahre 2002 bis 2006 (vulgo: ‘aktuelles Bundestagswahlprogramm’). Von daher müßte man eigentlich feststellen, daß der anhand des Ausdrucks ‘Leitkultur’ geführte politische Sprachkampf für die Unionsparteien nicht erfolgreich verlaufen ist.

Dem ist aber nicht so. Die Unionsparteien konnten sich zwar mit ihrem Ausdruck ‘Leitkultur’ nicht durchsetzen, es ist ihnen jedoch etwas anderes gelungen – nämlich die nachhaltige Beschädigung eines zentralen Fahnenwortes eines politischen Gegners. Die Unionsparteien versuchten mit dem Ausdruck ‘Leitkultur’ nicht nur, ein neues Fahnenwort zu etablieren. Die Leitkultur war von Anfang an als Gegen Schlagwort zu einem bereits existierenden Fahnenwort einer anderen Partei konzipiert. Sie ahnen, um welchen Ausdruck es sich handelt? Es geht um den Ausdruck ‘multikulturelle Gesellschaft’, bereits seit den 80er Jahren ein Fahnenwort der grünen Partei, später von Bündnis 90 / Die Grünen.

In seinem Aufsatz von 1997, in dem der Ausdruck ‘deutsche Leitkultur’ nachweislich das erste Mal von einem Unionspolitiker öffentlich gebraucht wird, erklärte Jörg Schönbohm, er wolle dem Multikulturalismus mit der ‘deutschen Leitkultur’ ein überzeugendes Konzept entgegensetzen. Generell wird der Ausdruck „multikulturelle Gesellschaft“ in den Unionsparteien zumeist als Plädoyer für ein unvermitteltes Nebeneinander verschiedener Kulturen innerhalb einer Gesellschaft und als Ablehnung jeglicher Bemühungen um Integration ausgelegt. Auch in dem Abschnitt des Arbeitspapiers der CDU-Zuwanderungskommission, in dem die ‘Leitkultur in Deutschland’ vorkommt, ist kurz zuvor von Multikulturalismus und Parallelgesellschaften, von der Gefahr eines unverbundenen Nebeneinanders auf Dauer die Rede.

Auch der CDU-Politiker Heiner Geißler, der sich entschieden gegen den Ausdruck ‘deutsche Leitkultur’, der ihn seiner Aussage nach an Skinheads denken ließ, verwahrte, interpretierte diesen Ausdruck als Gegenschlagwort zur multikulturellen Gesellschaft. In der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung schrieb Geißler Ende Oktober 2000:

„Die multikulturelle Gesellschaft auf dem Fundament des Verfassungspatriotismus ist [...] kein Programm zur Aushebelung des westlichen Wertekanons, auch nicht zur Öffnung der Grenzen für ungehinderte Einwanderung, wie Uninformierte vermuten, geschweige denn ein Konzept für eine zukünftige Vielvölkerrepublik. Sie ist eine Antwort auf die Frage, wie Millionen von Deutschen und Millionen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland friedlich und frei zusammenleben können. Die Verfassung ist entscheidend, nicht die unpräzise und amorphe Vorstellung einer Leitkultur.“

Heiner Geißler: Die Verfassung ist entscheidend, nicht eine Leitkultur. Wie Millionen von Deutschen und Ausländern friedlich und frei zusammenleben können. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 22. Oktober 2000.

Dennoch muß festgestellt werden, daß sich die Auslegung des Schlagwortes ‘multikulturelle Gesellschaft’, wie sie im Zuge der De-

batte um die Leitkultur von Unionspolitikern wie Friedrich Merz, Roland Koch und Edmund Stoiber wieder und wieder vorgetragen wurde, in der öffentlichen Meinung durchgesetzt hat: Multikulturelle Gesellschaft ist gleich Parallelgesellschaften ist gleich Verweigerung von Integration. Allein von daher schon hat dieses bündnisgrüne Fahnenwort erheblich an Überzeugungskraft eingebüßt.

Hinzu kommt ein Zweites. Durch die fortwährende Gegenüberstellung ‘Leitkultur’ vs. ‘multikulturelle Gesellschaft’ hat sich der Unmut, den der Ausdruck ‘Leitkultur’ in weiten Teilen der Öffentlichkeit weckte, der Ideologieverdacht, unter dem dieser Ausdruck steht, auch auf das Fahnenwort ‘multikulturelle Gesellschaft’ übertragen – es quasi angesteckt. Hier ein Presstext vom Februar 2001, aus dem dies deutlich herauszulesen ist:

„Über Jahre war der Streit um Einwanderung vor allem weltanschaulich geprägt, was sich in Begriffen wie ‘multikulturelle Gesellschaft’ oder ‘Leitkultur’ widerspiegelt.“

Joachim Käppner: Verstärkte Zuwanderung ist ökonomisch notwendig: Die Greencard ist nur ein Vorbote. Wirtschaftswissenschaftler prophezeien schon längst einen eklatanten Arbeitskräftemangel. In: Süddeutsche Zeitung vom 17. Februar 2001.

Die sprachkämpferischen Bemühungen der Unionsparteien, mit dem Ausdruck ‘deutsche Leitkultur’ ein Gegenschlagwort zu ‘multikulturelle Gesellschaft’ im öffentlichen Sprachgebrauch zu etablieren, sind – wie wir gesehen haben, fehlgeschlagen. Sie haben jedoch etwas anderes erreicht, nämlich, ein bislang erfolgreich eingesetztes Fahnenwort des politischen Gegners in Mißkredit zu bringen, es unglaublich zu machen. Dieses Mal ist das aller Wahrscheinlichkeit nach unbeabsichtigt geschehen – das eigentliche Ziel dürfte tatsächlich die Schaffung eines wirkungsvollen Gegenschlagwortes gewesen sein.

Aber wer weiß. Möglicherweise war die Debatte um die Leitkultur die Geburtsstunde einer neuen Strategie im politischen Sprachkampf. In

Zeiten, in denen fast jede politische Debatte in der Öffentlichkeit als bloßer Wortstreit wahrgenommen und erfolgreicher Sprachkampf immer schwieriger wird, kann es sich durchaus als die bessere Strategie erweisen, nicht ernsthaft neue Schlagwörter setzen zu wollen, sondern nur für eine kurze Zeit so zu tun als ob, um dem politischen Gegner dessen Schlagwörter wegzunehmen. Begriffe beschädigen statt Begriffe setzen und besetzen, ist das die Strategie für das neue Jahrhundert?